

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa: Erreichtes und künftige Herausforderungen

Gut drei Jahre sind seit dem Start des Stabilitätspakts für Südosteuropa im Juni 1999 vergangen. Die politisch Verantwortlichen der Region und die internationale Gebergemeinschaft waren zusammengekommen, um ein Signal zu setzen und ihrer politischen Verpflichtung zu Reformen, regionaler Zusammenarbeit und dauerhafter finanzieller Unterstützung für Südosteuropa mit dem Ziel, ein politisch und wirtschaftlich stabiles Umfeld in der Region zu schaffen, Ausdruck zu verleihen.

Heute sind wir diesem Ziel wesentlich näher als vor drei Jahren.

Zu Beginn unserer Initiative war der Kosovokrieg gerade beendet, und mit über zwei Millionen Vertriebenen in der Region sah sich Europa mit der dramatischsten humanitären Krise seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Die internationale Gemeinschaft war zuvor übereinstimmend zu dem Entschluss gelangt, dass eine militärische Intervention im Kosovo notwendig sei, um weiteres Leiden der Bevölkerung zu verhindern. Trotz der Intervention der NATO herrschte in Jugoslawien jedoch nach wie vor ein diktatorisches Regime, das einen destabilisierenden Faktor für die gesamte Region darstellte.

Unter diesen schwierigen Bedingungen also kam die internationale Gemeinschaft zusammen, um eine multilaterale und mit den USA abgestimmte Strategie zur Stabilisierung der von Konflikten erschütterten Region zu beschließen. Die wichtigste Lektion, die man aus den jugoslawischen Kriegen gelernt hatte, war die, dass ethnische Rivalitäten, Flüchtlingsströme und instabile Volkswirtschaften Europas Fortschritt nachteilig beeinflussen können und werden.

Der Stabilitätspakt stellt die erste kohärente Langzeitstrategie dar, der Konfliktregion stabilen und dauerhaften Frieden durch Integration in die europäische Gemeinschaft zu bringen. Durch den Stabilitätspakt haben sich über 40 Unterzeichnerstaaten und -organisationen verpflichtet, die Staaten in der Region bei ihren Bemühungen um die „Förderung des Friedens, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte sowie des wirtschaftlichen Wohlstands zu stärken, um Stabilität in der gesamten Region zu erreichen“.¹ Er basiert auf den grundlegenden Erfahrungen des internationalen Krisenmanagements und befasst sich erstmals in einer umfassenden Herangehensweise mit den politischen, wirtschaftlichen und strukturellen Defiziten der Region.

1 Stabilitätspakt für Südosteuropa, Köln, 10. Juni 1999, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1999, Baden-Baden 1999, S. 617-632, hier: S. 619.

Die Verlagerung von zwischenstaatlichen auf innerstaatliche Konflikte seit dem Ende des Kalten Krieges hat in der Tat zu einer Fülle neuer Bedrohungen geführt. Sicherheit wird daher nicht mehr aus einer engen Perspektive definiert. Wir müssen heute über das traditionelle Verständnis von Sicherheit hinausgehen, das sich aus einer negativen Definition herleitet, nämlich Sicherheit als bloße Abwesenheit eines bewaffneten Konflikts. Das moderne Sicherheitskonzept umfasst hingegen eine Vielzahl von Dimensionen, z.B. die politische, wirtschaftliche, soziale, ökologische, militärische, die Dimensionen der Ernährungs- und Gesundheitssicherheit sowie die Sicherheit des Einzelnen.² Der Staat wiederum, als vorrangiges Referenzobjekt für Sicherheit, gibt dem Auftreten anderer, neuer und eigenständiger Referenzobjekte Raum: Gemeinschaften und einzelnen Bürgern, die einem breiteren Spektrum von Bedrohungen ausgesetzt sein können als rein militärischen. Dies wird häufig als „menschliche Sicherheit“ bezeichnet.

Ein multidimensionales Sicherheitskonzept

Aus dieser Perspektive begreift der Stabilitätspakt menschliche Sicherheit als multidimensionales Konzept und verfolgt eine umfassende Herangehensweise:

Anstatt auf Krisen erst dann zu reagieren, wenn sie bereits offen zu Tage getreten sind, ist es unser Ziel, politische und wirtschaftliche Sicherheit von vornherein aktiv in der Region zu verankern, indem wir in drei Schlüsselbereichen tätig werden: Schaffung eines stabilen Sicherheitsumfeldes, Aufbau demokratischer Strukturen und Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sowie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dieser umfassende Ansatz beruht auf der Überzeugung, dass diese drei Ziele eng miteinander verwoben sind und nur dann erreicht werden können, wenn in allen drei Bereichen gleichzeitig Fortschritte erzielt werden. Der Aufbau transparenter, demokratischer und verantwortlicher Institutionen und die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit sind die *Conditio sine qua non*, um Investoren zu gewinnen und die wirtschaftliche Lage in der Region zu verbessern. Die Erfahrung zeigt aber ebenso, dass wirtschaftlicher Niedergang zu sozialen Spannungen führt, die angesichts der ethnischen Vielfalt der Region zu einer explosiven Mischung werden können, wenn man ihnen nicht effektiv und rechtzeitig entgegenwirkt. Zu diesem Zweck wurden drei - an den KSZE-Prozess angelehnte - Arbeitstische eingerichtet:

2 In Übereinstimmung damit geht auch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) von einem umfassenden Sicherheitsbegriff aus und identifiziert sieben Komponenten oder Werte „menschlicher Sicherheit“: politische Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit, gesellschaftliche Sicherheit, individuelle Sicherheit, Ernährungssicherheit, Gesundheitssicherheit und ökologische Sicherheit. Vgl. Overview of Human Development Report 1994, in: www.undp.org/hdro/e94over.htm.

Arbeitsstisch I beschäftigt sich mit „Demokratisierung und Menschenrechten“, Arbeitsstisch II mit „wirtschaftlichem Wiederaufbau“ und Arbeitsstisch III mit „Sicherheitsfragen“ (wobei sich ein Untertisch auf „Verteidigungs- und Sicherheitsfragen“ und der andere auf „Justiz und Inneres“ konzentriert).

Darüber hinaus spiegelt sich der umfassende Ansatz auch darin wider, dass die Initiative die internationale Gemeinschaft vereint: EU, G8, OSZE, Euro-Parat, NATO, die internationalen Finanzinstitutionen, alle Länder Südosteuropas und ihre Nachbarn sowie Japan und die Schweiz haben ihre Kräfte gebündelt, um die Konfliktursachen in der Region zu bewältigen. Jeder beteiligte Partner leistet seinen Beitrag zu dem Gebiet, auf dem er besondere Expertise hat, und fügt so der Initiative seinen Mehrwert hinzu. Auch der Wissenstransfer aus Nachbarstaaten wie Slowenien oder Ungarn, deren Erfahrungen mit politischer und wirtschaftlicher Transformation aus jüngster Zeit stammen, ist ein wichtiger Beitrag zu den Zielen des Stabilitätspakts. Aus dieser Perspektive hat der kürzliche Beitritt der Tschechischen Republik, der Slowakei und Polens zu unserer Initiative den Pakt bereichert.

Als die „Hauptverantwortlichen des Stabilisierungsprozesses“ sind die Länder der Region auf gleichberechtigter Basis vollständig in die Initiative einbezogen. Es liegt auf der Hand, dass der Stabilitätspakt nur dann ein erfolgreiches Instrument zur Konfliktverhütung sein kann, wenn er voll und ganz auf die vorrangigen Belange und Bedürfnisse der Region zugeschnitten und die direkte Beteiligung der Empfängerstaaten an der Planung und Umsetzung der verschiedenen Projekte gewährleistet ist.

Die Rolle der Europäischen Union im Stabilitätspakt

Die EU, die bei der Initiative eine Führungsrolle innehat und zusammen mit ihren Mitgliedstaaten der größte Geldgeber in der Region ist, hat sich verpflichtet, Südosteuropa „enger an die Perspektive einer vollständigen Integration (...) in ihre Strukturen“³ heranzuführen. Zusätzlich zu Rumänien und Bulgarien, die bereits EU-Beitrittskandidaten sind, sind alle südosteuropäischen Staaten im Einklang mit den Schlussfolgerungen von Feira und Zagreb als potentielle Bewerberländer für die EU-Mitgliedschaft anerkannt worden. Dieser Ansatz beruht auf der Annahme, dass die Aussicht auf Vollmitgliedschaft einen Stabilisierungseffekt auf die gesamte Region ausübt und dass sie die Entschlossenheit der politischen Führungen und der Bevölkerung stärkt, die oft schmerzlichen Reformen durchzuführen und durchzuhalten.

Das Schlüsselement dieser Strategie ist der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP), der fünf Staaten der Region einschließt (Albanien, Bosnien und Herzegowina, die Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien).

3 Stabilitätspakt für Südosteuropa, a.a.O. (Anm. 1), S. 623.

Der Stabilitätspakt kann als System beschrieben werden, das in zwei Richtungen wirkt: Er macht Reformen und regionale Kooperation auf der einen Seite sowie (finanzielle) Unterstützung dieser Bemühungen von außen (durch Kredite, Subventionen, Investitionen oder Handelsprivilegien) und eine feste EU-Perspektive auf der anderen zu gegenseitigen Bedingungen. Dieses *Quidproquo* ist Teil des politischen Handels. Beispielsweise haben sich verschiedene Länder der Region im Rahmen der Antikorruptionsinitiative oder der Initiative zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität dazu verpflichtet, Maßnahmen und Reformen nach einem vereinbarten Zeitplan einzuführen, um so Korruption und organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen zu können. Beide sind derzeit die Haupthindernisse für Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Stabilisierung der Region.

Regionale Kooperation ist das Herzstück der 244 Projekte im Rahmen des so genannten „*Quick Start Package*“ (das auf der Regionalkonferenz in Brüssel im März 2000 verabschiedet wurde) und der sich anschließenden 27 Infrastrukturprojekte, auf die sich die internationalen Geber bei der letzten Regionalkonferenz (Oktober 2001) geeinigt haben. Das bedeutet, dass die große Mehrheit der Projekte mehrere Länder umfasst und eine regionale Dimension enthält. Damit soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Staaten Südosteuropas angekurbelt werden. Auf diese Weise können die eigentliche Substanz des Prozesses der Versöhnung und des jahrzehntelangen Wiederaufbaus und Wirtschaftswachstums Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg auf Südosteuropa übertragen und die Länder in der Region so effektiv auf ihre Integration in euro-atlantische Strukturen vorbereitet werden.

Welche Lehren können aus drei Jahren Stabilitätspakt gezogen werden?

Die Aussicht auf die Mitgliedschaft in der EU hat den Reformprozess in allen Ländern der Region zweifellos angespornt, obwohl noch viel zu tun bleibt. Rumänien und Bulgarien verhandeln bereits über ihre Aufnahme in die EU, Kroatien und Mazedonien haben Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Union unterzeichnet. Eine Errungenschaft von größter Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der demokratische Wandel in der Bundesrepublik Jugoslawien - eine Entwicklung die durch den Szeged-Prozess, ermutigt und unterstützt wurde. Dieser Prozess ist eine Initiative des Stabilitätspakts, die die demokratischen Kräfte Serbiens und die unabhängigen Medien schon vor dem Sturz Miloševićs unterstützt hatte. Inzwischen sind in der ganzen Region demokratisch gewählte Regierungen an der Macht. Sie stellen eine Grundvoraussetzung für einen nachhaltigen Reformprozess und die Stabilisierung Südosteuropas dar.

Darüber hinaus hat sich die regionale Zusammenarbeit - ein Kriterium für die Mitgliedschaft in der EU - in den beiden vergangenen Jahren erheblich verbessert. Sie ist zu einem festen Merkmal des intergouvernementalen Dialogs

geworden: Der „Gewöhnungsprozess“ und die Fähigkeit, „alle Akteure an einem Tisch zu versammeln“, sind unerlässlich, um ein besseres Verständnis zwischen ehemaligen Gegnern sicherzustellen, und die einzige Möglichkeit, Misstrauen durch Vertrauen zu ersetzen.

Die vertiefte regionale Zusammenarbeit findet ihren Ausdruck in konkreten Initiativen wie dem *Memorandum of Understanding* über Handelsliberalisierung und -erleichterung, das im Juni 2001 von sieben Ländern der Region unterzeichnet wurde (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Rumänien; Moldau hat eine Absichtserklärung unterzeichnet, dem Prozess beizutreten). Eine weitere wichtige Errungenschaft in diesem Zusammenhang ist der Regionalplan für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, den die Regierungen Bosnien und Herzegowinas, der Bundesrepublik Jugoslawien und Kroatiens am selben Tag verabschiedet haben. Er enthält verschiedene Schlüsselinitiativen für Flüchtlinge, darunter Wiederaufbauprogramme, der Bau von Sozialwohnungen und Programme zur sozialen Absicherung.

Erfolge und zukünftige Herausforderungen

Der Stabilitätspakt ist inzwischen gereift. In der ersten Phase sollte ein politischer Prozess - analog zum Helsinki-Prozess - auf breiter Grundlage in Gang gesetzt werden, der die Staaten der Region an Europa heranführt. Man ging dabei von der grundsätzlichen Annahme aus, dass die internationale Gemeinschaft die südosteuropäischen Staaten in ihrem Bestreben, Reformen zu beschleunigen und die regionale Kooperation zu erweitern, unterstützen wird. Der Pakt ist nun in eine neue Phase eingetreten, in der eine Neuausrichtung und neue Schwerpunktsetzung seiner Aktivitäten erforderlich ist.

Vor diesem Hintergrund führte der Stabilitätspakt Anfang 2002 eine sorgfältige Prüfung einer Reihe seiner Initiativen und Aktivitäten durch. Ich habe ausführliche Konsultationen mit den wichtigsten Partnern - sowohl mit Mitgliedern als auch mit Nicht-Mitgliedern der EU - darüber geführt, wie sich die Aktivitäten im Rahmen des Stabilitätspakts straffen lassen und wie seine Arbeitsmethoden verbessert werden können. Die Empfehlungen, die den EU-Außenministern am 11. März 2002 übermittelt und von ihnen gebilligt wurden, beziehen sich auf die Notwendigkeit, die Komplementarität mit anderen EU-Prozessen zu erhöhen, Prioritäten zu setzen, Arbeitsmethoden zu verbessern und die regionale Eigenverantwortung zu fördern.

Beschleunigung der Annäherung an die EU - Ein klarer Fahrplan zur Integration

Leistungsfähigkeit und Effizienz des Stabilitätspakts hängen weiterhin von der Führungsrolle der EU ab, wenn wir unsere gemeinsamen Ziele in der Region erreichen wollen. Vor diesem Hintergrund muss die Komplementarität zwischen dem Stabilitätspakt und den beiden wichtigsten EU-Strategien gegenüber der Region, dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für den westlichen Balkan und dem Beitrittsprozess für Bewerberländer, die auch am Stabilitätspakt teilnehmen, z.B. Rumänien und Bulgarien, verstärkt werden.

Der Stabilitätspakt ist nach wie vor der Kohärenz und gegenseitigen Unterstützung beider Prozesse verpflichtet. Er soll die Ziele dieser Prozesse fördern und wird den Ländern der Region dabei helfen, die Instrumente, die die Prozesse zur Verfügung stellen, in vollem Umfang zu nutzen.

Um Komplementarität und Informationsaustausch zwischen den EU-Institutionen und dem Pakt zu erhöhen, wurde Anfang 2002 ein informeller Konsultativausschuss eingerichtet. Eines unserer Ziele ist es, die mit Blick auf die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit notwendige Koordination zwischen Hilfsprogrammen, wie z.B. CARDS, PHARE/ISPA und TACIS, sicherzustellen.

Die EU muss ihre Strategien gegenüber der Region jedoch unbedingt noch weiter ausarbeiten und miteinander verknüpfen. Die Erweiterungsstrategie muss im Hinblick auf eine deutliche Beitrittsperspektive für all diejenigen Länder, die in der nächsten Erweiterungsrunde der EU nicht aufgenommen werden, überdacht werden. Ebenso ist es von größter Bedeutung, zu verhindern, dass die politische und wirtschaftliche Kluft zwischen den südosteuropäischen Staaten, die eine EU-Mitgliedschaft anstreben, und ihren Nachbarn in Südosteuropa größer wird, um so einer weiteren Destabilisierung der südosteuropäischen Region entgegenzuwirken. Ein klarer Integrationsfahrplan ist unerlässlich. Wie im Falle der EU-Integration kann der Stabilitätspakt z.B. auch bei der NATO-Erweiterung als Brücke zwischen verschiedenen Erweiterungsprozessen dienen, die mit unterschiedlicher Geschwindigkeit verlaufen.

„Weniger Treffen - mehr Taten“

Um die Zahl der Stabilitätspakttreffen zu verringern und die Strukturen des Stabilitätspakts zu straffen, wird es einige organisatorische Veränderungen geben. Ziel ist es, die Kooperation und Koordination zwischen Arbeitsgruppen und Initiativen zu stärken, die in jeweils miteinander verwandten Bereichen tätig sind, z.B. der Migrations- und Asylinitiative, den Initiativen für soziale Kohäsion und Flüchtlingsrückkehr sowie den Initiativen zum Men-

schenhandel, zur polizeilichen Zusammenarbeit und zur Korruptionsbekämpfung.

Größerer Nachdruck muss in Zukunft darauf gelegt werden, die Aktivitäten des Stabilitätspakts vor Ort sichtbarer zu machen und die öffentliche Aufmerksamkeit für unsere Errungenschaften zu erhöhen - auch innerhalb der Gebergemeinschaft. Angesichts der Verschiebung der geopolitischen Prioritäten seit den Ereignissen des 11. September müssen wir sicherstellen, dass Südosteuropa trotz der neuen außenpolitischen Ziele auf der Agenda der internationalen Gemeinschaft bleibt.

Die EU hat den Stabilitätspakt aufgefordert, sich auf fünf bis sechs vorrangige Ziele zu konzentrieren, die im Jahr 2002 erreicht werden sollen. Die folgenden in ihrer Zahl begrenzten Ziele wurden ausgewählt; es handelt sich dabei um eine Weiterentwicklung derjenigen Strategien und Prioritäten, die im Juni 2001 vom Regionaltisch erarbeitet worden waren.

Handel und Investitionen

Die Liberalisierung des Handels ist von herausragender Bedeutung für die Volkswirtschaften Südosteuropas; im vergangenen Jahr sind hier exzellente Fortschritte erzielt worden. Am 27. Juni 2001 wurde in Brüssel ein *Memo-randum of Understanding* auf Ministerebene unterzeichnet. Es sieht den Abschluss von 21 bilateralen Freihandelsabkommen bis zum Ende des Jahres 2002 vor und schafft einen Markt mit bis zu 55 Millionen Konsumenten. Diese Freihandelsabkommen stehen im Einklang mit den Regeln der Welt-handelsorganisation (WTO) und mit den Verpflichtungen im Rahmen des EU-Beitritts oder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses. Wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass Westeuropas beispielloses Wachstum nach dem Zweiten Weltkrieg nicht auf Regierungsgelder, sondern auf Exporte und den Freihandel zurückzuführen war!

Angesichts der enormen strukturellen Defizite in der Region können die Mittel, die bisher im Rahmen des Stabilitätspakts aufgebracht wurden, nur die Funktion eines Katalysators haben, der psychologisch darauf abzielt, zusätzliche private Investoren zu mobilisieren und anzuziehen. Ein wesentliches Ziel unserer Initiative liegt also darin, den Boden für private Investitionen in Südosteuropa zu bereiten. Auf diese Weise muss das Investitionsklima verbessert werden. Kredite westlicher Banken für den lokalen Bank- und Privatsektor sind noch immer entscheidend. Der Stabilitätspakt wird noch stärkeres Gewicht auf seinen *Investment Compact* legen, der versucht, die Staaten der Region bei der Beseitigung von Investitionshindernissen und der Gewinnung zusätzlicher Investitionen zu unterstützen. Wir wollen Hindernisse für private Investitionen beseitigen und überwachen das Gesamtinvestitionsklima, indem wir den *Investment Compact* auf eine begrenzte Zahl von Politikbereichen in jedem Land konzentrieren, die Anzahl der regionalen

„Leuchtturmprojekte“ verringern und einen regionalen Investitionsraum fördern.

Infrastruktur (einschließlich Energie)

Seit seiner Einrichtung leiden Effizienz und Glaubwürdigkeit des Stabilitätspakts unter einer Kluft zwischen den politischen Verpflichtungen der Stabilitätspartners einerseits und den Fortschritten vor Ort andererseits. Großzügige Ankündigungen der Gebergemeinschaft haben hohe und manchmal unrealistische Erwartungen in der Region geweckt. Verzögerungen bei der Auszahlung und Implementierung haben dann jedoch häufig Enttäuschung hervorgerufen. Es sollte allerdings darauf hingewiesen werden, dass eine schlechte Implementierung in den meisten Fällen nicht auf mangelnden politischen Willen, sondern auf langwierige bürokratische Verfahren oder strukturelle Beschränkungen zurückzuführen ist.

Da aber nicht eingehaltene Versprechen eine machtvolle Quelle der Enttäuschung sind, die die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft in Frage stellt, versucht der Stabilitätspakt, die rechtzeitige Umsetzung der beiden vereinbarten Bündel von Infrastrukturprogrammen für die Region in enger Kooperation mit der EU, den internationalen Finanzinstitutionen und den Empfängerstaaten sicherzustellen. Zu den Problemen, mit denen sich die Stabilitätspartners auseinandersetzen müssen, gehören die endgültige Festlegung und Implementierung von Regionalstrategien in spezifischen Bereichen und die Beseitigung von Hindernissen für die Umsetzung. Die Rolle der Infrastruktur-Lenkungsgruppe bei der Auswahl von prioritären Infrastrukturprojekten wird erweitert. Die regionale Zusammenarbeit im Energiebereich wird verstärkt, insbesondere auf dem Elektrizitätssektor. Der Stabilitätspakt begrüßt die Verpflichtung, die im Rahmen des Kooperationsprozesses in Südosteuropa (*South Eastern European Cooperation Process, SEECP*) erreicht wurde, ein regionales Energiekonzept zu entwickeln.

Flüchtlingsfragen

Der Regionalplan für Flüchtlingsrückführung zeigt deutlich, in welchem Ausmaß die gegenwärtigen Notsituationen, häufig auch „komplexe humanitäre Operationen“⁴ genannt, die kurz-, mittel- und langfristige Koordination verschiedener Tätigkeitsbereiche durch unterschiedliche Akteure erfordern. Nun da die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen der Kriege im ehemaligen Jugoslawien mit Soforthilfe versorgt sind, müssen in einem zweiten Schritt nachhaltige, langfristige Lösungen für diese Menschen entwickelt werden.

Im Rahmen des Stabilitätspakts haben Kroatien, Bosnien und Herzegowina und die Bundesrepublik Jugoslawien eine historische Übereinkunft über die

4 Vgl. Jean-Claude Concolato, *Vers un tournant de l'action humanitaire*, in: *Esprit* 7/1994, S. 72-75.

ungelöste Situation von 1,2 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen erzielt. Mit der Verabschiedung des Regionalplans verpflichteten sich die drei Regierungen gemeinsam mit den Gebern, einen detaillierten Arbeitsplan umzusetzen, der Fragen wie Wiederaufbau, Wohnraumbeschaffung, Kreditbedingungen, Eigentumsrecht, Renten- und Sozialversicherungssysteme umfasst. Im Jahr 2002 sind wir damit beschäftigt, dauerhafte Lösungen für mindestens 100.000 Flüchtlinge und Binnenvertriebene zu finden, indem wir den Anteil an Rückkehr- und Integrationshilfen sowie Kredite zur Selbsthilfe erhöhen, die Wiederinbesitznahme von Häusern und Wohnungen (sowohl durch Eigentümer als auch durch Mieter) beschleunigen, die Anzahl der Empfänger von humanitärer Hilfe verringern und die Gesamthöhe und die zeitliche Koordinierung der verfügbaren Mittel für Aktivitäten im Zusammenhang mit Flüchtlingen an den Bedarf (z.B. 200.000 Wohnungen, die in den nächsten drei bis vier Jahren benötigt werden) anpassen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Lösung wichtiger regionaler Probleme gewidmet (z.B. Rentenzahlungen, soziale Rechte, Eigentümer- und Mieterrechte).

Subregionale Zusammenarbeit

Bemühungen im Rahmen des Stabilitätspakts, potentielle Konflikte einzudämmen, konzentrieren sich in erster Linie darauf, das Spannungsverhältnis zwischen Nationalstaat und Multiethnizität aufzulösen. Anstatt bestehende Grenzen zu verändern, was nur wieder neue Minderheiten hervorbringen würde, müssen dem besonderen rechtlichen Schutz und den Partizipationsrechten nationaler Minderheiten in den verschiedenen Staaten Geltung verschafft werden. Für das grenzüberschreitende Miteinander ethnischer Gruppen müssen ebenfalls Möglichkeiten entwickelt werden. Aus diesem Grund beabsichtigt der Stabilitätspakt, einen informellen subregionalen Dialog- und Kooperationsprozess zwischen Vertretern der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien, Montenegro), Albaniens und Mazedoniens sowie mit UNMIK betreffend Kosovo über praktische Fragen grenzüberschreitenden Charakters wie Energie, Infrastruktur oder Sicherheit im Grenzverkehr etc. in Gang zu setzen.

Kleinwaffen und leichte Waffen

Die unkontrollierte Proliferation von Kleinwaffen und leichten Waffen in der gesamten Region stellt eine ernste Gefahr für Frieden und Stabilität dar. Die Teilnehmer aus Ländern Südosteuropas haben auf der Grundlage des regionalen Implementierungsplans für Kleinwaffen damit begonnen, gemeinsame Projektvorschläge zur Kontrolle der Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen in der Region sowie zu einem erweiterten Informationsaustausch über den Waffenhandel und zu einem verbesserten Grenzschutz zu erarbeiten. Angesichts des Erreichten wurde im Mai 2002 in Belgrad eine „regionale

Clearingstelle“ unter der Schirmherrschaft des UNDP eingerichtet. Ziel dieser Initiative ist es, Projekte zu entwickeln und durchzuführen, die sich mit der Reduzierung des Überangebots an und des illegalen Handels mit Kleinfaffen und leichten Waffen in der Region befassen.

Organisierte Kriminalität

In dem Versuch, die laufenden Initiativen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu bündeln, werden wir beim *SECI Transborder Crime Centre* in Bukarest ein Exekutivsekretariat des Stabilitätspakts zur organisierten Kriminalität einrichten, das die ganze Region abdecken soll. Das Sekretariat soll die Kooperation zwischen dem regionalen *Crime Centre*, Europol und Interpol stärken und die rechtlichen, institutionellen und technischen Bedingungen für einen Informationsaustausch ausloten.

Erhöhung regionaler Eigenverantwortung

Tragfähige Lösungen können nur durch erhöhte Eigenverantwortung in der Region erreicht werden. Die aktive Beteiligung der südosteuropäischen Länder an den Initiativen des Stabilitätspakts ist das beste Erfolgsrezept. Wir bemühen uns, mehr Aufgaben an die Region zu übertragen und das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit auch durch unsere Personalpolitik zum Ausdruck zu bringen. Die südosteuropäischen Länder sollen enger in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Der Stabilitätspakt wird engere Beziehungen zum SEECP entwickeln und den nächsten Vorsitz ermutigen, dessen Strukturen zu stärken und auszubauen, mit *einer* Stimme für die Region zu sprechen und als Forum regionaler Zusammenarbeit zu wirken.

Die Erweiterung regionaler Eigenverantwortung trägt auch dazu bei, das Syndrom der Abhängigkeit zu verringern. Das „Prinzip Eigenverantwortung“ impliziert, dass die Staaten in der Region die Hauptverantwortung für den Erfolg der gegenwärtigen Reformen tragen. Es ist daher unerlässlich, die Anstrengungen in der Region weiter zu stärken, den Herausforderungen, die nach wie vor ein Haupthindernis für politische Sicherheit und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Region darstellen, wirkungsvoll zu begegnen.

Schlussfolgerung

Der Stabilitätspakt hat im Sinne des Friedensaufbaus nach einem Konflikt die Funktion, die Zeit zwischen der Situation unmittelbar nach einem militärischen Konflikt und der letztendlichen Integration der Region in die euro-atlantischen Strukturen zu überbrücken. Er basiert auf einem kohärenten Ver-

ständnis von Sicherheit, das verschiedene interdependente Komponenten umfasst. Die Initiative geht von der Annahme aus, dass eine nachhaltige Stabilisierung der Region Südosteuropa nur durch eine ständig zunehmende Interaktion der Länder auf politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene sowie im Bereich Sicherheit erreicht werden kann.

Daher ist es für die Staaten Südosteuropas von wesentlicher Bedeutung, die regionale Zusammenarbeit weiter zu stärken, und zwar in Bereichen, in denen durch gemeinsames Herangehen an Probleme und Herausforderungen transnationaler Art ein Mehrwert zu erzielen ist - wie etwa Umwelt- oder Migrationsfragen. Anstatt diese Probleme isoliert in Angriff zu nehmen, ist der Austausch von Erfahrungen und Expertise in einer zunehmend globalisierten und interdependenten Welt unabdingbar. Auf diese Weise repliziert die Kooperation zwischen den Ländern Südosteuropas sowie zwischen ihnen und der EU (und osteuropäischen Staaten) die Mechanismen, die den europäischen Integrationsprozess so weit gebracht haben. So bereiten sich die südosteuropäischen Länder selbst auf eine effektive Art auf ihre Integration in die euro-atlantischen Strukturen vor. In diesem Sinne beschleunigt die regionale Zusammenarbeit im Rahmen des Stabilitätspakts die Aufnahme in die Europäische Union. Das Grundprinzip und das Fundament des Pakts - Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft als Gegenleistung für Reformen und regionale Zusammenarbeit - stellt daher den einzig richtigen Weg dar. Zu ihm gibt es keine Alternative.